

Zur Entwicklung der KI

Das Vorläufige Organisationskomitee kam bei der Analyse des Arbeitsstandes im März zu dem Resultat, dass nun die Voraussetzungen vorliegen, um mit der Bildung von Regionalgruppen beginnen zu können. Dieser als Regionalisierung gefasste Prozess stellt eine neue Qualität der Zusammenarbeit aktiver Kämpfer auf der Grundlage der drei Kriterien dar, wie sie im Aufruf zur Gründung der KI formuliert sind.

Die bekennenden Unterstützer der zu formierenden KI sprechen miteinander, verteilen die Aufgaben und werden sofort gemeinsam aktiv. Sie organisieren regionale Veranstaltungen, auf denen Notwendigkeit und Erfordernisse sowie Ziele und Aufgaben der Kommunistischen Initiative hierzulande mit Sympathisanten und Interessierten erörtert, Differenzen beseitigt und Unklarheiten ausgeräumt werden können. Sie erarbeiten Flugblätter, welche bei geeigneten Veranstaltungen verteilt werden. Sie bringen sich ein, bei der Gestaltung des Informationsbulletins, bei regionalen Aktivitäten in Zusammenarbeit mit fortschrittlichen Organisationen und beim Internetauftritt der KI. Ziel ist es, die Bewegung durch aktive Genossen zu verbreitern, weitere Kommunisten einzubeziehen.

Bislang haben sich in Dresden und Cottbus KI-Arbeitsgruppen gebildet. Diesen Prozeß der Regionalisierung weiter voranzutreiben, braucht es eure Unterstützung und aktive Tat, liebe Genossinnen und Genossen.

Die am Rande der Buchenwald-Ehrung in Weimar organisierte Informationsveranstaltung bot eine gute Gelegenheit, Ziele und Aufgaben der KI zu erläutern und war im Ergebnis ein ermutigender Auftakt, wobei überwiegend engagierte und sich

klar positionierende Genossen die Diskussion prägten. Weitere Treffen dieser Art wird es geben.

Die Vorbereitungen für die im Herbst stattfindende, von der Zeitschrift offensiv organisierte Veranstaltung in Berlin aus Anlass des 60. Jahrestages der Gründung der DDR sind bereits weit voran gekommen. Das anspruchsvolle Programm für die zweitägige Konferenz mit profilierten nationalen und internationalen Gästen spannt den zeitlich-inhaltlichen Bogen von der Gründung des ersten Arbeiter- und Bauernstaates auf deutschem Boden – sein Werden und Wachsen, über die Konterrevolution und deren Ursachen bis hin zu den Konsequenzen für die kommunistische Bewegung und die Schlussfolgerungen für die konkrete Situation in der BRD heute. Dieser „logische Faden“ einer dialektisch-historischen Betrachtung wird uns in die Lage versetzen, Notwendigkeit und Möglichkeit einer Kommunistischen Initiative für Deutschland aufzuzeigen, zu erläutern, Fragen zu beantworten und zu diskutieren.

Für die Teilnahme an unserer Konferenz, welche bislang von der KPD(B), der GRH und der KPD unterstützt wird, gibt es bereits zahlreiche Anmeldungen. Wer teilnehmen möchte, wendet sich bitte an den Gen. Frank Flegel unter der bekannten offen-siv Adresse.

An dieser Stelle der obligatorische Hinweis auf unser Spendenkonto und herzlichen Dank für die bereits vielfach geleistete finanzielle Unterstützung.

Vorläufiges Organisationskomitee, Juni 2009

KI-Regionalisierung – Zweite Phase im Blick

Erste Konsultationsgespräche mit Interessenten der Kommunistischen Initiative hatten den Tenor: Über die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Kommunisten auf marxistisch-leninistischer Grundlage brauchen wir uns nicht zu verständigen. Wer zur KI kommt, hat erkannt, dass es an DER Kommunistischen Partei in der BRD fehlt. Verständigen müssen wir uns über die Lage der kommunistischen Bewegung, also die Bedingungen für die KI der Zukunft sowie über einige strategische und taktische Fragen. Übereinstimmend werden die Ausgangsbedingungen derzeit als günstig für die Sammlung gewertet. Raum bei den ersten Diskussionen nahm interessanterweise die Untersuchung der Reibungen ein, welchen die KI bislang ausgesetzt war sowie die weiter zu erwartenden Gefahren. Die KI (als organisatorische Ur- oder Vorform) setzt auf einzelne Genossinnen und Genossen. Hier ist vieles denkbar und das V.O.K. ist sich auch insofern seiner Verantwortung beim Umgang mit Einzelpersonen bewusst.

Für Berlin erwarten wir die erste umfassende Zusammenkunft von KI-Genossen in den Tagen unmittelbar nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe. Für den Raum Frankfurt/ Main fanden bereits ausführliche Konsultationen mit einer größeren Anzahl von Genossen statt, bei der sehr weitgehende Erwartungen artikuliert wurden. In Konsequenz der oben genannten Beratungen entstand in Dresden die erste regionale Arbeitsgruppe der KI. Für Cottbus/Umland findet in absehbarer Zeit die Wiederholung einer ersten Gesprächsrunde mit einem vergrößerten Interessentenkreis statt. Für Leipzig wird im folgenden Monat ein erstes

Konsultationstreffen geplant. In Greiz wird Mitte Juli das zweite Arbeitstreffen zur KI, zur Regionalisierung und Strukturbildung, durchgeführt.

Die nächsten zwei Schritte sind nun; erstens mit allen echten Unterstützern der KI die Strategie- und Taktik-Debatte zu intensivieren. Zweitens sehen wir es durch die gestiegenen Anforderungen für notwendig an, zielgerichtet das Zusammenwirken durch Verbindung der Zellenarbeit und saubere Zentralisation zu entwickeln. Das aber heißt Strukturbildung. Deshalb beschloss das V.O.K. der KI den Eintritt in die Zweite Phase der Sammlung in Verbindung mit der äußerst bedeutungsvollen offensiv- Konferenz (Berlin am 10. Und 11. Oktober diesen Jahres) anlässlich des 60. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik als größter Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung.

In diesem Zusammenhang planen und diskutieren wir ein Kontaktbüro der KI in Berlin als Hauptstadt der BRD zu eröffnen, um auch auf dieser Ebene den gewachsenen Herausforderungen an die strukturelle Entwicklung offensiv zu begegnen.

In Zusammenhang mit dem vor uns liegenden Einstieg in die Zweite Phase bitten wir deshalb um Spenden auf das Spendenkonto, da nur eine stärkere materielle Basis es erlauben wird, die weitere Entwicklung der KI entsprechend der Möglichkeiten und Notwendigkeiten auf eine festere Basis zu stellen.

Der politische Koordinator des V.O.K.

Bei der KI bewegt sich was!

Im Gedenken an die Selbstbefreiung des KZ Buchenwald fand am 05. April 2009 auf dem Ettersberg bei Weimar eine Zusammenkunft von Kommunisten, die die Einheit der kommunistischen Bewegung in Deutschland vorantreiben wollen, statt. Die Genossen des Roten Tisch Thüringen gaben Kommunisten aus DKP, KPD, PDL aber auch parteilosen Kommunisten und Kommunisten aus dem Freidenkerverband die Möglichkeit zu einem Gedankenaustausch über das Ziel und die Inhalte der KI.

Genosse Opperskalski legte ausführlich dar, dass nur eine von den Kommunisten selbst gewollte und bewusst geschaffene Initiative zur Bildung einer einheitlichen Kommunistischen Bewegung in Deutschland beiträgt.

Jegliches Administrieren und undifferenziertes Hineingerede in die kommunistische Bewegung ist kontraproduktiv und dient nur dem Klassenfeind.

Theoretische Basis der KI sind und bleiben die Klassiker in ihrem Original: Marx, Engels, Lenin.

Die in den Jahren seit der Konterrevolution entstandenen Ursachen-Analysen sind von Kommunisten immer aus der grundlegenden Sichtweise des Marxismus-Leninismus zu betrachten und bewerten.

In der sachlich-kritischen Diskussion wurden Fragen aufgeworfen, die zunächst dem Selbstverständnis der KI äußerst dienlich sind. Das Herauslösen aus gewachsenen Strukturen von einzelnen Kommunisten oder gar Gruppen ist nicht Ziel der KI – im Gegenteil. Kommunisten sollen weiterhin nach Möglichkeit ih-

ren Einfluß in diesen bestehenden Parteien und Organisationen erhöhen um die Wirkung auf diese zu verstärken.

Wie die Schaffung der einheitlichen kommunistischen Bewegung aussehen soll, müssen die Kommunisten in einem Prozeß herausarbeiten und diesen dabei auch gestalten. Eine Einheit mit sogenannten linken Bewegungen kann und wird es nicht geben. Dabei ist nicht ausgeschlossen, daß unter bestimmten Bedingungen eine partielle Zusammenarbeit mit diesen zur Erreichung von gemeinsamen Zielen angestrebt wird.

Diese Zusammenkunft war notwendig in dieser Zeit voller Antikommunismus – nicht nur vom Klassenfeind sondern auch aus den Reihen von Alles- und Besserwissern.

Nichts ersetzt den unmittelbaren Diskussionsprozeß unter Gleichgesinnten.

Daher werden in der nächsten Zeit weitere Zusammenkünfte zur Zusammenführung und der Vereinigung der kommunistischen Bewegung immer wichtiger.

Im Anschluß an diese Zusammenkunft nahmen die Kommunisten gemeinsam an der internationalen Kundgebung anläßlich der Selbstbefreiung des KZ Buchenwald teil und würdigten in einer Gedenkveranstaltung den heldenhaften Kampf des Arbeiterführers und Vorsitzenden der KPD Ernst Thälmann, der in diesem KZ von den Nazis ermordet wurde.

Detlef Krüger, Greiz

Zwei Einwände

Die Kommunistische Initiative hat vom Start weg mehr Aufmerksamkeit erhalten als die Initiatoren erwarteten. Während es bei den ersten Abstimmungen und Kontakten noch hakt, kann man inzwischen vom Beginn bundesweiter Koordination sprechen. Zwangsläufig steigt die Aufmerksamkeit kontinuierlich. Erste regionale Arbeitsgruppen entstehen in eigener Dynamik. Bei Beratungen des Vorläufigen Organisationskomitees (VOK) mit interessierten Genossen werden bereits ausführlich Fragen der Taktik diskutiert. Diese Abstimmungen sollen vertieft werden.

Niemand in der kommunistischen Bewegung stellt die notwendige Kräftebündelung in Frage. Nun aber lässt sich zunehmend feststellen, wie ernst es diesem oder jenem damit ist. Bereits deutlich sichtbar wird, wer bereit ist, die KI mitzutragen. Und wir stellen fest, dass die uneingeschränkte Unterstützung dominiert.

Jeder unserer Gesprächskreise ist von eigenen Diskussionsansätzen geprägt. So gibt es auch die Forderung, sofort in Detailfragen einzusteigen oder in programmatischer Richtung vorzugehen.

Auf einer anderen Ebene liegen gezielte Bedenken, die oft sofort geklärt werden können. Einige solche Einwände oder kritische Anmerkungen, die auftauchen, sollen hier heraus gegriffen werden. Was wird bei aller positiver Resonanz GEGEN das konkrete Vorgehen der KI gesagt?

Man vermisst beispielsweise bekannte Persönlichkeiten, welche die KI nach außen sichtbar führen oder repräsentieren. Dieser Ansatz entspricht Marketingüberlegungen, die weit vom Konzept der KI entfernt sind. Die KI muss bedingt durch Einsicht in ihre Notwendigkeit wachsen – und diese fortgeschrittensten Genossen müssen die KI selbst in die Hand nehmen (was momentan geschieht)!

Die aktuellen Umstände verlangen, dass wirklich diejenigen zusammenfinden, welche am weitesten im Bewusstseinsprozess fortschritten sind. Organisatorische Fragen stehen derzeit (noch) nicht im Vordergrund. Denn bekanntlich soll keine weitere Splittergruppe entstehen. Über die Partei- und Organisationsgrenzen hinweg sollen alle Kommunisten, die die Einheit auf klarer marxistisch-leninistischer Grundlage über alle Einzelfragen stellen, durch faktisches Zusammenwirken die Organisation der Zukunft, die faktische revolutionäre kommunistische Partei entwickeln und begründen.

Gerade deshalb wird derzeit und solange wie dieser Basisprozess stattfindet, keine feste organisatorische Struktur entwickelt, keiner wird aufgefordert, seine Struktur zu verlassen. Nichts kann gespalten werden. Durch diese Taktik wird deutlich, dass die KI nun daran geht, eben die Spaltung der Kommunisten zu überwinden.

Währenddessen hat die KI zahlreiche bekannte Unterstützer. In der veröffentlichten Erstunterzeichnerliste zum Aufruf der KI finden sich Namen wie Dr. Dr. Kurt Gossweiler (dem u. a. die genaue Untersuchung des modernen Revisionismus oblag), Prof. Hans Fischer, Prof. Erich Buchholz sowie die Herausgeber von offen-siv, (zu denen auch ein Peter Hacks gehörte).

Sie wenden sich an diejenigen, welche selbst die aktuelle Zerfahrenheit der Kommunisten in ihrer Ursache begriffen haben; als politisch-ideologisches Dilemma und die ein strukturelles Defizit in der kommunistischen Landschaft erkennen und deshalb als möglich und notwendig sehen, sich gemeinsam zu organisieren. Sie arbeiten teilweise auch selbst gemeinsam an der Entwicklung der KI.

Der zweite Vorwurf: Ein wesentlicher Punkt der KI-Orientierung ist neben dem Anerkennen ALLER wissenschaftlichen Grundlagen des Marxismus-Leninismus, der Gültigkeit der Leninschen Imperialismus-, Staats-, Revolutions- und

Parteitheorie, des proletarischen Internationalismus und der heroischen Geschichte der kommunistischen Bewegung und neben dem Erkennen des Klassenverrats der Sozialdemokratie auch das Anerkennen der Notwendigkeit des Kampfes der Kommunistischen Partei gegen jede Form des Revisionismus und Reformismus, denn der Revisionismus war und ist die Hauptbasis für den zeitweiligen Sieg der Konterrevolution in Europa, die Spaltung, Zersplitterung und Schwächung der kommunistischen Bewegung!

Die KI hat nie ein Geheimnis daraus gemacht, dass der anti-revisionistische Kurs ein ZENTRALER Punkt ihres Impulses ist. Man sagt nun; Antirevisionismus sei allein noch keine produktive Grundlage oder habe für sich genommen keinen politischen Gehalt.

Nun ist gerade der moderne Revisionismus, wie etwa die Abkehr von Lenins Parteikonzept, auch die hauptsächliche URSACHE der Zersplitterung der Kommunisten, die ausreichend beklagt wird. Die KI entgegnet also: Der moderne Revisionismus hat den schwersten Rückschlag der Arbeiterbewegung ausgelöst und deren erfolgreichen Kampfes um soziale Standards, der kommunistischen Lehre und Bewegung, des realen Sozialismus – einer Weltmacht – der Emanzipation und des Fortschritts der gesamten Menschheit, wie des Friedens auf der Welt.

Die Erkenntnis der Schädlichkeit des modernen Revisionismus ist deshalb das aktuell wesentliche Ergebnis der Analyse unserer Zeit.

Die KI wendet sich ausdrücklich an Genossen, die das erkannt haben, WEIL der moderne Revisionismus mit der vollzogenen Konterrevolution nicht vorbei ist, sondern fröhliche Urständ

feiert und dem Gegner dient – und wenn es nach diesem geht, ewig in Form der Zersplitterung dienen wird.

Thomas Waldeck

Bericht aus Dresden

Am 02. Mai 2009 trafen sich in Dresden die meisten der Unterstützer der Kommunistischen Initiative im Raum Dresden. Wir verständigten uns über die Ziele der KI und die gegenwärtigen regionalen Aufgaben. Dabei wurden als Schwerpunkte die Kontaktaufnahme zu weiteren Interessenten, die regionale propagandistische Arbeit und die Mitarbeit an einem BRD-weiten Informationsnetz der KI festgelegt. Erste resultierende praktische Maßnahmen waren die Teilnahme an der zentralen Gewerkschaftsdemonstration am 16. Mai 2009 in Berlin mit einem Transparent, durch welches die KI bekannter gemacht wurde, und die Veranstaltung eines Vortrags über die Demokratische Volksrepublik Korea im Haus der Begegnung in Dresden am 23. Mai 2009.

Kontakt:

Torsten Reichelt
Hultschiner Straße 12
01187 Dresden
Tel.: 0351 209 36 14
Mail: ki@felixed.de

Persönliche Stellungnahme

Vor einiger Zeit hatte ich ein Gespräch mit M. und A. wegen meiner Beteiligung an der Kommunistischen Initiative. Neben meinen Motiven, warum ich mich in der KI engagiere, war das zentrale Gesprächsthema ob die Mitarbeit in der KI meiner Mitgliedschaft in der DKP im Wege steht oder sich gar „kontraproduktiv“ verhält.

Es handelt sich bei der KI – wie der Name schon sagt – um eine Initiative und nicht um eine Organisation, die in Konkurrenz zu anderen Organisationen mit kommunistischem Anspruch steht.

Sicherlich ist die Kritik an der DKP hart, vielleicht auch in manchen Punkten nicht schlüssig, dennoch wird die DKP als die formell stärkste kommunistische Kraft im Aufruf beschrieben. Andererseits sind die Kritikpunkte, z.B. das Anbieten an die Linkspartei, auch von mir längst z.B. innerhalb meiner DKP-Gruppe bekannt gemacht worden. Meine Kritik, die ich an aktuellen politischen Fragen der DKP habe und die mit dem Aufruf der KI konform gehen, ist keine Neuheit.

Natürlich halte ich mich an die Mehrheitsverhältnisse und verstoße nicht gegen Parteiprinzipien, was aber nichts daran ändert, dass ich meine Meinung (wie im DKP-Statut Artikel 2 auf S. 3 bis 5 formuliert) offen bekannt gebe. Trotz meiner Kritiken an der DKP ist es kein Fehler meinerseits Mitglied in der Partei zu sein, da meine aktive Teilnahme durchaus für die Entwicklung der DKP fruchtbar sein kann. Da ist ein Mitwirken innerhalb der KI durchaus von Vorteil, weil es die Vernetzung aller Kommunisten in Deutschland – unabhängig ihrer Organisation – auf klarer Grundlage ermöglicht.

Im ersten Informationsbulletin steht unmissverständlich:

„Niemand wird aufgefordert, seine Partei oder Organisation zu verlassen. Ein gleichzeitiges Arbeiten in der ‚Kommunistischen Initiative‘ würde die Position der organisierten Genossinnen und Genossen in der Auseinandersetzung mit dem (immer noch) dominierenden Revisionismus stärken und helfen, gemeinsam in die Klassenauseinandersetzung mit klaren Positionen einzugreifen sowie revolutionäre, marxistisch-leninistische Perspektiven zu entwickeln. Dabei kann die einzige Zukunft für Kommunisten in der BRD doch nur in der langfristig angelegten Formierung einer einheitlichen, marxistisch-leninistischen Kommunistischen Partei liegen.“

Die Tatsache, dass viele der Interessenten Mitglieder der DKP sind, zeigt doch, dass wir keine radikale Anti-DKP-Position vertreten, wie es z.B. Parteien aus dem maoistischen Spektrum tun. Meine Arbeit innerhalb der DKP ist durch mein Wirken in der KI in keiner Weise geschmälert worden. Ich nehme an den MVs und KV's regelmäßig teil, zahle meine Mitgliedsbeiträge, ich organisiere Bildungsabende in meiner Gruppe mit und werde mich am UZ-Pressfest beteiligen.

Leider verliert die Partei mehr und mehr Mitglieder und kann kaum Neue gewinnen. Auch die Situation der UZ ist suboptimal und nur ein Teil der Mitglieder beteiligt sich aktiv am Parteileben, diese Probleme bestehen in der DKP auch ohne die KI. Den Beitrag, den ich in der KI leiste, sehe ich daher auch als Beitrag gegen die genannten Probleme und erschließe für die DKP Bereiche, in denen sie (bisher) nicht präsent ist.

Ich möchte zum Schluss anmerken, dass z.B. Leo Mayer in der Europäischen Linkspartei (in denen offene Sozialdemokraten und Trotzisten mitwirken!) beteiligt war. Warum wurde dies nicht von der DKP kritisiert und warum bekam Leo Mayer keine Probleme damit?

Ich möchte zum Schluss anmerken, dass z.B. Leo Mayer in der Europäischen Linkspartei (in denen offene Sozialdemokraten und Trotzisten mitwirken!) beteiligt war. Warum wurde dies nicht von der DKP kritisiert und warum bekam Leo Mayer keine Probleme damit?

Mit kommunistischem Gruß, Michael

„...und der Zukunft zugewandt!“

Konferenz zum 60. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik

Diese zweitägige Konferenz, die am 10. und 11. Oktober diesen Jahres in Berlin stattfindet, wird von der Redaktion und dem Herausbergremium der Zeitschrift „offen-siv“ organisiert. Wir unterstützen sie!

Schon der Titel der Konferenz soll ausdrücken, dass es sich bei ihr nicht nur um eine marxistisch-leninistische Rückschau auf die DDR, ihre historischen Errungenschaften wie auch die Gründe und Hintergründe für die schließlich siegreiche Konterrevolution handeln soll.

Die Veranstalter bekennen sich zur DDR als größter Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung und namhafte Referenten (so u.a. Kurt Gossweiler, Heinz Keßler, Erich Buchholz, Achim Reichardt, Hans-Werner Deim, um nur einige wenige zu nennen) werden deshalb aus unterschiedlichen Erfahrungen heraus nicht nur deutlich machen, was es konkret bedeutet, dass diese DDR die größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung war und ist, sondern auch beleuchten, wie die Konterrevolution Fuß fassen konnte. Eine erwartete interessante internationale Beteiligung wird auch diese Aspekte weiter unterstreichen.

Aber der Titel sagt ja viel mehr aus. Die Konferenz soll „der Zukunft zugewandt sein“, weil die Errungenschaften wie auch die Erfahrungen der DDR in die Zukunft weisen, Basis für einen neuen siegreichen revolutionären Prozess in der imperialistischen BRD sein werden. Eine

der Errungenschaften der DDR, die auch Voraussetzung für den Aufbau des Sozialismus war, ist die Einheit der Arbeiterbewegung und ihrer marxistisch-leninistischen Avantgarde in Gestalt der SED. Heute fehlt der Arbeiterbewegung in der imperialistischen BRD eine einheitliche, fest auf den Fundamenten des Marxismus-Leninismus ruhende kommunistische Partei. Ohne eine solche Partei kann es keine sozialistische Revolution und keinen Aufbau des Sozialismus geben! Auch das ist eine der vielen Lehren aus der Geschichte der DDR...

Deshalb wird der zweite Tag dem Ansatz der „Kommunistischen Initiative“ gewidmet sein, die sich zunächst zur Aufgabe gestellt hat, die Marxisten-Leninisten in der BRD, ob organisiert oder unorganisiert, zu sammeln mit dem langfristigen Ziel, diese so notwendige Partei zu schaffen. Damit wird die Konferenz zugleich auch eine Möglichkeit für die bisherigen Unterstützer und Interessierten sein, sich einmal bundesweit zu treffen, auszutauschen und konkrete Vorschläge für die weitere Arbeit und Entwicklung zu diskutieren und zu vereinbaren.

Für die Teilnahme an der Konferenz ist eine Anmeldung notwendig. Wer weitere Informationen erhalten und/oder sich anmelden möchte, der wende sich bitte direkt an:

Frank Flegel (Redaktion „offen-siv“)
Egerweg 8, 30559 HANNOVER
Tel & Fax: 0511-5294782;
Mail: redaktion@offen-siv.com

NEIN zum imperialistischen Projekt EU!

Die mit großen bürgerlichen Propagandatamtam angepriesenen Wahlen zum EU-Parlament sind gelaufen. Bei Redaktionsschluss lagen uns noch keine Ergebnisse vor. Spielt das aber irgendeine Rolle angesichts der traurigen Tatsache, dass im imperialistischen Deutschland keine revolutionäre, kommunistische Alternative weder zu den Parteien der Bourgeoisie noch zu jenen der Linken (Partei „Die Linke“ sowie DKP) angetreten ist, die das imperialistische Projekt EU von einem

revolutionären Klassenstandpunkt getragen grundsätzlich in Frage stellt? Es geht jedoch auch anders! Das sei vor allem der DKP ins Stammbuch geschrieben... Deshalb dokumentieren wir hier einige revolutionäre kommunistische Stimmen aus Europa. Zugleich ist das Fehlen einer wirklich kommunistischen Alternative in der imperialistischen BRD jedoch Herausforderung zugleich, diese zu schaffen – in einem längerfristigen Prozess, aber mit einem klaren Kurs....

Die EU ist die Wahl des Kapitals

Der Text wurde in der jungen Welt veröffentlicht und leicht gekürzt. Man beachte, dass in der Liste der Unterzeichner eine Unterschrift aus der imperialistischen BRD fehlt...

Arbeiter, Selbstständige, Handwerker, Kleinbauern, Frauen, Jugendliche, wir sprechen zu Euch kurz vor den Europawahlen 2009.

Arbeiter und Kleinbauern, Gewerkschafter, Aktivisten der Friedensbewegung, der Frauenbewegung und der Jugendbewegung für demokratische Rechte, Volksfreiheiten und internationale Solidarität, Aktivisten der Bewegungen gegen die Verträge von EU und NATO – wir teilen die Vision einer Gesellschaft ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, ohne Armut, soziale Ungerechtigkeit und imperialistische Kriege. Wir vereinigen uns in dieser Kampagne für ein Europa des Wohlstandes für alle, des Friedens, der sozialen und demokratischen Rechte, für ein Europa, das nichts mit der EU des Kapitals und des Krieges zu tun hat. [...] Erwartet keine Lösungen von der EU,

die Teil des Problems ist, sie hat nur Lösungen, die allein der Oligarchie nützen.

Die EU ist die Wahl des Kapitals. Sie fördert Maßnahmen zugunsten der Monopole, der Konzentration und Zentralisation des Kapitals. Mit dem Lissabon-Vertrag wurden ihre Charakteristika als eines imperialistischen ökonomischen, politischen und militärischen Blocks – Rüstung, autoritärer Staat und dessen Repression – gestärkt gegen die Interessen der Arbeiter und der Völker.

Im Namen von „Modernisierung“, „Wettbewerbsfähigkeit“, von „Unternehmen“ und „Flexsecurity“ werden die Angriffe auf die Arbeiter- und Gewerkschaftsrechte intensiviert.

Das Streikrecht wird ebenso untergraben wie andere Freiheiten der Gewerkschaften. Unter dem Vorwand der Krise und für die Sicherung der Profitabilität des Kapitals werden Arbeitswoche verlängert und Löhne verkürzt. Die Zukunft für Arbeiter lautet: Arbeit ohne Rechte bis zum Tod, eine Alptraumlandschaft für Arbeitsrecht wird geschaffen, mit einem Anstieg der Arbeits-

stunden pro Tag und einer 65-Stunden-Woche – einhergehend mit Unterbeschäftigung, Arbeitslosigkeit und Existenzunsicherheit, mit Schlägen gegen Löhne und Renten, mit einem Anstieg des Renteneintrittsalters, mit der Aufteilung von Arbeitszeit in aktive und nicht-aktive, Preiserhöhungen und Vervielfachung von Arbeitsunfällen.

Dazu gehören die Übergabe des Bildungswesens, des Gesundheits- und des Sozialsystems an das Großkapital, das Verschwinden der Klein- und Mittelbauern zugunsten der Großbauern und Monopole, der Anstieg staatlicher Repression, der Aufstieg von Antikommunismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Die ersten Opfer intensiver Ausbeutung und wachsender Repression sind Jugendliche, Frauen und Arbeiter-Migranten.

Die Europäische Union ist eine Säule der neuen imperialistischen Ordnung, der kapitalistischen Globalisierung. Sie unterstützt das Massaker an den Palästinensern durch Israel. Sie hat Anteil an den aggressiven Plänen gegen ganze Völker, besonders gegen die Länder des Mittelmeerraums, Afrikas, des Mittleren Ostens und Lateinamerikas. Sie hat Anteil am Rüstungswettlauf, der Installation des „Anti-Raketen-Schildes“, der Wiederkehr des Dogmas vom atomaren Erstschatz. Sie steht in einer Linie mit den USA und der NATO. Militarismus ist integraler Bestandteil ihrer Struktur. [...]

Die Rechte der Arbeiter haben nichts gemein mit der Vervollständigung eines einheitlichen Binnenmarktes, der Beschleunigung der Lissabon-Strategie, der Bolkestein-Direktive, der „Flexicurity“ oder Lohnbegrenzungen. [...] Es gibt Alternativen für die Völker. [...] Die Sackgassen, die Gegensätze, die im Kontext der Krise akuter werden, die Schwierigkeiten, denen sich die EU gegenübersehen, sind Elemente, deren sich die Völker bewusst werden sollten.

Es ist zum Nutzen der Arbeiter, wenn die derzeitige Volksoption gegen die antisoziale und inhumane Politik der EU gestärkt wird. [...]

Kämpft mit uns für:

- Angemessene unbefristete Arbeit bei vollen Rechten, echten Anstieg von Löhnen und Renten.
- Herrschaft der Völker über die Quellen ihres Reichtums und der strategischen Sektoren der Volkswirtschaften ihrer

Länder.

- Kostenlose öffentliche Gesundheitsversorgung und Sozialsysteme, Senkung des Renteneintrittsalters, bessere kostenlose öffentliche Bildung für alle.
- Volle Rechte für Migranten-Arbeiter.
- Unterstützung für Klein- und Mittelbauern und Nahrungssicherheit, einen wirklichen Schutz der Umwelt, die derzeit dem Profit des Großkapitals geopfert wird.
- Das Recht jedes Volkes, sich seinen eigenen Entwicklungsweg zu wählen, einschließlich des Rechts auf Loslösung von den vielfältigen Abhängigkeiten im Rahmen von EU und NATO und auf die sozialistische Option.
- Frieden, den Abzug aller US-NATO-Militärbasen und die Auflösung der NATO, gegen die „Partnerschaft für den Frieden“ und die Euro-Armee. Keine Teilnahme an imperialistischen Kriegen und Interventionen!
- Solidarität mit allen kämpfenden Völkern, einen unabhängigen palästinensischen Staat mit Ostjerusalem als Hauptstadt, eine gerechte Lösung des Zypern-Problems, die Verteidigung des sozialistischen Kuba und die Abschaffung der gemeinsamen Position der EU ihm gegenüber.

Stimmt für die Aktivisten, die wir in jedem Land unterstützen. Schwächt die Kräfte, die die EU unterstützen und verteidigen. Gewinnt selbst an Macht.

Nein zur EU der Monopole und des Militarismus – Für ein Europa des Wohlstandes für die Völker, des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit, demokratischer Rechte und der Sozialismus.

Unterzeichner:

Partei der Arbeit Belgiens (PTB), KP Britannien, KP Bulgarien, Partei der bulgarischen Kommunisten, KP Dänemark, KP Estland, KP Griechenland, Ungarische Kommunistische Arbeiterpartei, KP Irland, Arbeiterpartei Irland, Sozialistische Partei Lettland, Sozialistische Partei Litauen, KP Luxemburg, KP Malta, Neue KP Niederlande, KP Polen, Portugiesische KP, Rumänische KP, KP Slowakei, KP der Völker Spaniens, KP Schweden

Rückzug aus der Partei der Europäischen Linken (EL)

Resolution des Zentralkomitees der Ungarischen Kommunistischen Arbeiterpartei:

Das ZK der Ungarischen Kommunistischen Arbeiterpartei hat auf seiner Sitzung vom 25. April beschlossen, die European Left Party (ELP) zu verlassen und per 1. Mai ihren Austritt gemäß Artikel 6 des Statuts der ELP zu erklären.

Die Ungarische Kommunistische Arbeiterpartei ist eines der Gründungsmitglieder der European Left. Unsere Partei hatte von Anfang an einige grundsätzliche Vorbehalte betreffend die Generallinie der ELP.

Wir waren nicht einverstanden mit der Einschätzung, welche die ELP von der Vergangenheit der europäischen sozialistischen Staaten einschließlich Ungarns abgibt. Wir sind überzeugt, dass die sozialistischen Länder in den Jahrzehnten des Sozialismus großartige Resultate im politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben erreicht haben. Diese Periode wird als eine der erfolgreichsten Perioden in die nationale Geschichte der früher sozialistischen Länder eingehen. Wir können nicht leugnen, dass es dabei zu Fehlern und Irrtümern kam, aber wir werden es nie zulassen, dass diese Jahre unter dem Begriff des reinen „Stalinismus“ charakterisiert werden und wir werden uns allen Versuchen, diese Periode zu unterschlagen.

Wir waren nicht einverstanden mit der allgemeinen Philosophie der ELP, welche eine Anzahl von wichtigen und großen Parteien von der Mitgliedschaft ausschloss und die ELP in eine Partei der Europäischen Union verwandelte.

Wir waren nicht einverstanden mit der praktischen Politik der ELP, welche sich nur auf die Probleme der westeuropäischen Länder, die Belange der Europäischen Union konzentriert und den realen Problemen der mittel- und osteuropäischen Länder keine Aufmerksamkeit schenkt.

Wir widersetzten uns der politischen Linie der ELP, welche darin besteht, Parteien in die ELP einzuladen, welche nichts mit kommunistischen Ideen gemein haben und in einigen Fällen sogar Feinde des Kommunismus sind.

Wir opponierten gegen die Praxis, dass der politische Kurs der ELP in ihren Grundzügen einseitig von den im Europäischen Parlament vertretenen Parteien beschlossen wird.

Wir waren nicht einverstanden mit der neuen politischen Linie, die durch die Resolutionen des zweiten Kongresses im November 2007 festgelegt wurde. Unsere Partei war die einzige Partei, die am Kongress nicht für diese Dokumente stimmte. Wir sind überzeugt, dass wir keine „neue europäische politische Kultur“ brauchen. Was wir brauchen, ist ein sehr konsequenter Kampf gegen den Kapitalismus, für die Rechte der arbeitenden Massen. Wir sollten den Kapitalismus nicht nur kritisieren, sondern den

Alltag des Kampfes der Arbeiter organisieren. Wir wollen den Kapitalismus liquidieren; die Europäische Linkspartei will ihn verbessern. Wir stehen auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus, der Theorie und Praxis des Klassenkampfes, den Grundsätzen des proletarischen Internationalismus. Die Europäische Linkspartei steht leider auf dem Boden des Reformismus. Die European Left bekämpft den Kapitalismus nur mit Phrasen, aber in der Praxis hilft sie, das „demokratische“ Image der Europäischen Union, des europäischen Parlaments und des kapitalistischen Systems ganz allgemein zu stärken.

Wir haben versucht, diese Prozesse zu beeinflussen und zu verändern, müssen aber einsehen, dass dies unmöglich ist. Die politische Linie der meisten Mitgliedsparteien der ELP und der Kurs der ELP selbst gehen in eine Richtung, welche die elementaren Interessen der Arbeiterklasse und der internationalen kommunistischen Bewegung verletzt.

Wir haben die Positionen anderer kommunistischer Parteien in Erwägung gezogen. Wir stimmen der Feststellung zu, dass die Europäische Linkspartei innerhalb der internationalen Linken eine negative Rolle spielt. Mit unserem Beispiel wollen wir auch anderen Parteien den Austritt aus der ELP erleichtern. Wir wollen allen klar machen, was die ELP wirklich ist.

Wir denken, dass Revisionismus und Opportunismus heute die größten Gefahren darstellen, die die kommunistische Bewegung bedrohen. Es ist schlecht, dass wir arm sind und kein Geld haben. Aber wir werden schlicht alles verlieren, wenn wir unsere klare ideologische Überzeugung, den Marxismus-Leninismus, aufgeben.

Wir werden weiterhin an den internationalen Treffen der Kommunistischen und Arbeiterparteien teilnehmen, und unser Bestes geben, um den kommunistischen Pol nach den Grundsätzen des

proletarischen Internationalismus zu stärken. Wir werden unsere bilateralen Beziehungen mit den kommunistischen Parteien festigen. Wir setzen unseren Kampf gegen den Kapitalismus auf marxistisch-leninistischer Basis fort.

Unsere Entscheidung beruht auch auf den Realitäten in Ungarn. Die Lage in Ungarn befindet sich in Veränderung. Die Bevölkerung hat schon 20 Jahre unter dem Kapitalismus verbracht und eine Menge an konkreten Erfahrungen gesammelt. Nach 20 Jahren verstehen die meisten, was kapitalistische Ausbeutung, Arbeitslosigkeit und soziale Ungerechtigkeit bedeuten. Auf der anderen Seite wissen sie zu schätzen, dass es die Ungarische Kommunistische Arbeiterpartei gibt, die immer zu ihnen gehalten und für ihre Interessen gekämpft hat. Das ist das moralische und politische Kapital, von dem wir in kommenden Kämpfen zehren können. Die ungarische Regierung versucht, die aktuelle Krise auf Kosten der werktätigen Massen zu lösen. Löhne und Pensionen werden eingefroren; öffentliche Ausgaben werden zusammengestrichen. Anstatt die Lage der werktätigen Massen zu verbessern, schafft diese Politik ihnen neue Schwierigkeiten. Die Bevölkerung erwartet von uns Kommunisten, dass wir klare Haltungen einnehmen und konsequente Kämpfe führen. Das ist es, was wir tun sollten.

Budapest, 25. April 2009

Zentralkomitee der

Ungarischen Kommunistischen Arbeiterpartei

Aus der BRD arbeiten in der so genannten Europäischen Linkspartei (EL) zwei Parteien mit, die Partei Die Linke als Mitglied sowie die DKP mit Beobachterstatus; die Partei Die Linke zählt zu den Entscheidungsträgern der EL

Quelle: www.kommunisten.ch

Stellungnahme der Kommunistischen Initiative Österreich

Wien, 3. Juni 2009

Am 7. Juni 2009 finden EU-weit Wahlen zum Parlament der Europäischen Union statt. In vielen Staaten kandidieren dabei fortschrittliche linke, internationalistische, antiimperialistische und klassenkämpferische Listen: so z.B. in Griechenland die Kommunistische Partei, in Portugal das kommunistisch-grüne Bündnis CDU oder in Spanien die Internationalistische Initiative. In Österreich fehlt eine solche Kraft, denn hierzulande kandidiert links der Sozialdemokratie lediglich eine Liste namens „KPÖ – Europäische Linke“.

Die „Partei der Europäischen Linken“

Der Zusatz „Europäische Linke“ bezieht sich auf die Mitgliedschaft der KPÖ in der so genannten „Partei der Europäischen Linken“ (EL), in der diverse revisionistische kommunistische Parteien, aber vor allem diffus-linke Parteien zusammengeschlossen sind, die in einigen Ländern in Konkurrenz und offenem Gegensatz zu den KommunistInnen stehen. Es ist kein Wunder, dass die größten und wichtigsten kommunistischen Parteien Europas, etwa jene Griechenlands und Portugals, die EL ablehnen, andererseits aber auch bewusst ausgegrenzt werden. Die EL, der die KPÖ angehört, spielt objektiv die Rolle einer Spalterin der europäischen Linken in einen, nämlich ihren, reformistischen und antimarxistischen Teil, der die EU befürwortet – und laut EL-Vorsitzendem Bisky sogar grundsätzlich verteidigen will –, und jenen Teil, der auf die Bewahrung der kommunistischen Identität, des Klassenkampfes, des

Marxismus, des Antiimperialismus und der revolutionären Überwindung des Kapitalismus setzt.

Die Position zur EU

Die KPÖ-EL will sich bei der EU-Wahl als die Mitte zwischen dem Nationalismus von FPÖ und BZÖ einerseits und der undifferenzierten EU-Gläubigkeit der SPÖ, ÖVP und Grünen andererseits positionieren. Die richtige Position einer linken Alternative, erst recht einer Partei, die das Adjektiv kommunistisch im Namen trägt, wäre aber nicht in der moralisierenden Mitte, sondern konsequent links der Sozialdemokratie und bedingungslos auf der Seite der Unterdrückten dieser Erde zu finden. Die KPÖ-EL schürt groteske Illusionen in die EU. Die EU ist nicht durch Appelle in eine soziale und demokratische Richtung, in „eine andere EU“, zu transformieren, sondern lediglich durch den Kampf und den Druck der Arbeitenden und aller Menschen, die im Gegensatz zum EU-Imperialismus stehen, als System zu überwinden, zu zerschlagen und durch gleichberechtigte Partnerschaften der europäischen Nationen zu ersetzen. Hierfür wird es notwendig sein, dass in mehreren EU-Ländern antimonopolistische Austrittsbewegungen forciert werden und erfolgreich sind. Die KPÖ-EL und die EL verteidigen aber die EU und die so genannte „europäische Integration“ als angeblichen Fortschritt. Tatsache ist aber, dass die EU ein Projekt der politischen und ökonomischen Herrschenden ist, das nur der kompletten Unterwerfung Europas unter das westeuropäische Monopol- bzw. Finanzkapital dient.

Welche linke Alternative wäre nötig gewesen?

Eine radikal-alternative linke Position bei der EU-Wahl, wie sie gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise nötig gewesen wäre, hätte klassenkämpferische, antiimperialistische und antimonopolistische Positionen verlangt, nicht zuletzt die bedingungslose Opposition zum imperialistischen Bündnis EU. Der tatsächliche Charakter der EU hätte offen gelegt gehört, die strategische Orientierung hätte in Richtung EU-Austritt und Zerschlagung der EU gehen müssen. Dies allein wäre der Rahmen, in dem man seriös für die Interessen der Arbeitenden und Arbeitslosen, der MigrantInnen, der Frauen, der Jugend und der Armen, aber auch für die Rechte der unterdrückten Nationen eintreten hätte können. Eine politische und soziale Bewegung dieser Art wäre eine tatsächliche Alternative – auch bei Wahlen –, ist aber in Österreich nicht gegeben. Die Liste KPÖ-EL ist keine ernsthafte linke EU-Opposition, sondern nur eine linkssozialdemokratische Ergänzung innerhalb des Systems, an dem sie nun selbst auch endlich profitieren will, wie sich an der Alimentierung der EL durch die EU zeigt.

Empfehlung der KI zur EU-Wahl

So klar es aus Sicht der Kommunistischen Initiative (KI) ist, dass alle im österreichischen Parlament vertretenen Parteien (ebenso wie Hans Peter Martin und die Liberalen) auch bei der EU-Wahl nicht wählbar sind, so kommt aus den angeführten Gründen auch eine Stimmabgabe für die Liste KPÖ-EL nicht in Frage. Die KI empfiehlt daher für den 7. Juni, für keine der bei der EU-Wahl kandidierenden Listen eine Stimme abzugeben, also nicht zur Wahl zu gehen. Wer jedoch aus demokratiepolitischen Gründen unbedingt seinen Stimmzettel in die Urne werfen möchte, der möge einen ungültig gemachten Stimmzettel abgeben. Alles andere stärkt direkt oder indirekt das herrschende System der EU, des Imperialismus und des Kapitalismus.

**Für eine Wahlenthaltung bei der EU-Wahl 2009!
Für den EU-Austritt Österreichs
und die Zerschlagung der EU!
Gegen Imperialismus und Krisenkapitalismus!
Für Sozialismus!**

Wer DKP wählt, wählt die Europäische Linkspartei (EL)...

Wer die Europäische Linkspartei (EL) wählt, der wählt die Partei Die Linke...

Aus einem Interview in der DKP-Wochenzeitung UZ* mit Leo Mayer, stellvertretender DKP-Vorsitzender und Spitzenkandidat auf der DKP-Liste zur EU-Wahl:

UZ: Bei einigen hat es Irritationen ausgelöst, dass wir die Europäische Linke so in den Vordergrund schieben.

Leo Mayer: Wir schieben die EL nicht in den Vordergrund, aber wir arbeiten intensiver damit, dass wir – mit Beobachterstatus – Teil der Partei der Europäischen Linken sind. Die

Krise macht doch deutlich, dass es nationale Lösungen nicht mehr gibt. [...]

Da liegt es auf der Hand, dass wir bei den EU-Wahlen deutlich machen: Wir sind Teil einer internationalen Kraft, die gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die arbeitende Bevölkerung kämpft und für ein soziales, demokratisches und friedliches Europa eintritt. [...]

Und schließlich, wenn wir uns schon an den Wahlen beteiligen, dann haben wir auch keine Stimme zu verschenken. Die DKP ist am 7. Juni auch für diejenigen wählbar, die eine europäische Partei – die Europäische Linke – wählen wollen.

* *Quelle: unsere zeit (UZ), 3. April 2009*

Antrag des Landesverbandes Berlin der DKP an den 18. Parteitag (2. Tagung)

Auszug

Die EU – ein Pakt des Finanzkapitals

Die EU hat nichts mit einem Zusammenwachsen der Völker zu tun, und schon gar nichts mit Demokratie, Freiheit und Menschenrechten, wie es uns erzählt wird. Im Gegenteil. Sie will im verschärften kapitalistischen Konkurrenzkampf, in erster Linie mit den USA, nicht weniger als die wirtschaftsstärkste Macht der Welt werden. Wo Profite der Konzerne, Banken und Versicherungen steigen, wächst auf der anderen Seite die soziale Unsicherheit der großen Mehrheit der Menschen, stehen Massenentlassungen, Standortschließungen, Privatisierungen und gesteigerte Arbeitsintensität bei sinkenden Löhnen an.

Die EU ist das Instrument zur Optimierung der Handlungsspielräume der Banken und Konzerne, vornehmlich „Kerneuropas“, deren nationaler Aktionsrahmen zu klein geworden ist. Gestützt auf seine Rolle als Führungsmacht verfolgt das deutsche Monopolkapital erneut die alte Strategie des deutschen Imperialismus, eine aggressive wirtschaftliche, politische und militärische Expansionspolitik in Richtung Ost- und Südosteuropa und darüber hinaus bis zum Kaukasus und dem Nahen und Mittleren Osten zu betreiben. [...]

Die Erweiterung der EU auf 27 und künftig noch mehr Mitgliedstaaten zielt auf die Ein- und Unterordnung der ost- und südosteuropäischen Staaten mit ihren ökonomischen Ressourcen und ihrem Arbeitskräftepotential als abhängige Peripherie. Die größten europäischen Bank- und Industriemonopole beherrschen die Produktion, die Banken, den Handel und die Medien der ost- und südosteuropäischen Länder. [...] Mit diesen Expansionsbestrebungen einher geht die Knebelung der Arbeiterbewegung, die Stärkung reaktionärer und faschistischer Kräfte und die Verleumdung der Ergebnisse des sozialistischen Aufbaus.

Der Widerstand gegen die EU wächst

Immer mehr Menschen erkennen den wahren Charakter der EU. Am Non der Franzosen und Nee der Niederländer scheiterte die EU-„Verfassung“. Die Iren lehnten ihre Neuaufgabe, den Lissabonvertrag, ab. Die Menschen folgten dem Aufruf, die Demokratie und ihre Souveränität sowie die Rechte der Arbeiterklasse und die öffentlichen Dienstleistungen zu verteidigen. Wie sehr die Herrschenden diese Bewegung fürchten, zeigt sich in der BRD mit der Weigerung der Bundesregierung, Volksabstimmungen zum Lissabonvertrag durchzuführen. Die Art des Zustandekommens des

Vertrages macht die Forderung nach einer Volksabstimmung über den so genannten Reformvertrag zu einer demokratischen Grundsatzfrage.

Die EU beruht auf einem Vertragswerk, in dem die politischen und ökonomischen Bedingungen für die Verwirklichung der Ziele ihrer Urheber festgeschrieben sind: Militarisierung, Sozial- und Demokratieabbau sowie Privatisierungspolitik. [...] Daher ist die EU nicht für fortschrittliche Bewegungen instrumentalisierbar und in eine progressive oder gar revolutionäre Richtung transformierbar, wie es auch linke Parteien und Gewerkschaftsführungen propagieren. Die Verträge müssen gekündigt werden. Doch damit ist es nicht getan. Wie wir erlebt haben, machen die Regierenden in Frankreich, den Niederlanden und Irland so weiter, als hätte es das Nein in ihren Ländern nicht gegeben. Die Einschränkung und Überwindung der Macht der reaktionärsten Teile des Finanzkapitals kann nur durch die Zerschlagung der EU gelingen. Erst der grundlegende Bruch mit den monopolkapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnissen eröffnet eine soziale, demokratische und letztlich sozialistische Perspektive für Europa. Ein Schritt dorthin heißt:

Deutschland muss raus aus der EU!

In einzelnen EU-Ländern formiert sich Widerstand. Wir meinen nicht die rechten, nationalistischen EU-Gegner. Sie stehen stets an der Seite der Bourgeoisie ihres Landes, verschleiern die Klassegegensätze und können sich die Wiederherstellung der „Größe der Nation“ nur auf Kosten anderer Nationen vorstellen. Wir meinen eine Bewegung, die eine gemeinsame Front gegen die Profiteure im eigenen Land und gegen das in Europa tonangebende Kapital bildet und in diesem Sinne zutiefst internationalistisch ist. Sie umfasst schon heute beispielsweise polnische Bauern, rumänische Bergarbeiter wie beträchtliche Teile der Arbeiterklasse Griechenlands und EU-Gegner in Frankreich. In den verschiedenen Kampffeldern entwickelt sich auch grenzübergreifender Widerstand. So demonstrierten Arbeiter und Angestellte aus Europa gemeinsam gegen die so genannte Dienstleistungs- bzw. Bolkesteinrichtlinie, die durch Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung im Bereich der Daseinsvorsorge den größten Angriff auf den Sozialstaat darstellt. Zudem steht die Richtlinie für die Aushebelung der Tarifautonomie und des Streikrechts in Deutschland, indem sie diese dem EU-Gemeinschaftsrecht unterwirft. Europäische Hafentarbeiter erteilten der geplanten EU-Richtlinie „Port Package“ durch gemeinsame Streiks eine Absage und wehrten damit die Deregulierung ihrer Arbeitsverhältnisse ab.

Studierende demonstrierten in ganz Europa gegen den so genannten Bologna-Prozess, der die Hochschulbildung vereinheitlicht, allein an Konzerninteressen ausrichtet und durch die Spaltung wissenschaftlicher Studiengänge in Bachelor- und Masterabschlüsse selektiv insbesondere Studierende aus der Arbeiterklasse weiter aus den Hochschulen drängt.

Diese Kämpfe gegen die EU zu unterstützen, betrachten wir Kommunisten als unsere Aufgabe. [...] Diese Kämpfe gegen die EU sind es, in denen der Keim für ein anderes Europa wächst – ein solidarisches, ein sozialistisches Europa, das den Schulterschluss zu anderen antiimperialistischen Kräften wie Cuba, Venezuela, Bolivien, Vietnam u. a. sucht. Die Arbeiterklasse hat ein grundsätzliches Interesse an der Vereinigung der Völker gegen die aggressiven Ziele des Imperialismus.

Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

Die Regierenden verweisen bei sozialen Konflikten gerne auf die Verantwortlichkeiten in Brüssel. Doch die scheinbare

Machtlosigkeit des eigenen Staates ist eine politisch gewollte [...] Die Verträge, die die Abgabe nationaler Kompetenzen beinhalten, sowie alle wichtigen Weichenstellungen für die supranationale Herrschaftsausübung wurden und werden von kleinen elitären Zirkeln ausgearbeitet. Sie wurden und werden von den wirklich Herrschenden, von den Machteliten in den führenden Staaten, den Monopolkapitalisten, Banken und ihren politischen Parteien ausgehandelt und bei uns, wie in den anderen Ländern auch, vom Parlament abgenickt. Wer heute dagegen erfolgreich kämpfen will, setzt am besten dort an, wo sich die politischen Hebel befinden: Dort, wo Menschen in den Betrieben arbeiten, eine Regierung unter Druck setzen und eine Öffentlichkeit für ihre Interessen mobilisieren können. Dort, wo die Arbeiterklasse die Eigentumsfrage an den wichtigsten Produktionsmitteln stellen kann und damit die Macht der Monopole angreifen kann – das heißt für uns: hier in der Bundesrepublik Deutschland.

Die in den EU-Institutionen politisch verankerte Herrschaft steht einer politischen Verfasstheit im Weg, in der alle Bürger in gleichem Maße am gesellschaftlichen Leben teilhaben und über alle öffentlichen Belange souverän entscheiden können. Dazu gehören:

- Volksabstimmungen zu allen wichtigen Verträgen mit anderen Staaten
- die Verfügung über das öffentliche Eigentum
- die Gestaltung der öffentlichen Daseinsfürsorge
- Kontrollkompetenzen über den inneren Kapitalverkehr, die Gestaltung des Arbeitsrechts.

Eine in diesem Sinne souveräne Nation bildet erst die Grundlage für eine gleichberechtigte zwischenstaatliche Kooperation, die zu einem sozialistischen Europa führen kann. [...]

Die EU ist gegen dich! Die EU bedeutet Sozialabbau!

Gegenwärtig führen die Regierungen aller Länder der Europäischen Union einen Generalangriff auf die in schweren Kämpfen erreichten sozialen Errungenschaften: durch Abbau und Privatisierung der Sozialversicherung und der Rentensysteme, durch Einführung von Marktgesetzen für die wesentlichen öffentlichen Dienstleistungen und Bereiche wie Gesundheit, Bildung, Kultur, für Gemeinschaftsgüter wie Wasser und andere Naturressourcen, durch Deregulierung des Arbeitsmarktes. [...]

In Deutschland stehen die Agenda 2010 und die Hartz-Gesetze für das Verarmungsprogramm und die Entrechtung der Beschäftigten, für die Zerschlagung des Tarifsystems und Lohndumping. Das deutsche Finanzkapital ist treibende Kraft in diesem Prozess, es ist daher nicht nur eine Gefahr für die Menschen in der BRD, sondern für alle Völker Europas. [...] Daraus erwächst für die deutsche Arbeiterklasse eine besondere Verantwortung im Kampf um die Verteidigung sozialer und demokratischer Rechte, weil jeder Erfolg in diesem Land unmittelbar die Kampfbedingungen der Arbeiter- und Volksbewegungen in anderen EU-Ländern verbessert.

Als Kommunisten sehen wir deshalb unsere Aufgabe darin, darüber aufzuklären, dass die Architekten der EU in Berlin und in den Chefetagen des deutschen Finanzkapitals sitzen und sich der Widerstand gegen sie richten muss. Das heißt für uns auch, aufzuklären gegen die Demagogie bürgerlicher und neofaschistischer Kräfte, die Deutschland zur „Melkkuh der EU“ erklären. So leiten sie den berechtigten Unmut der Bevölkerung gegen die EU in nationalistische und rassistische Bahnen und lenken damit vom Hauptnutznieber der EU – dem deutschen Finanzkapital – ab.

Die EU hat sich zum Ziel gesetzt, das Bildungswesen den Konzerninteressen anzupassen. Die bislang weitgehend öffentlich organisierten Bildungssysteme sollen in einen einheitlich strukturierten europäischen Bildungsmarkt integriert werden. Das bedeutet in erster Linie Privatisierung. [...]

**Die EU ist gegen dich!
Die EU bedeutet Militarisierung!**

Die EU trägt unter dem Banner Demokratie, Freiheit und Menschenrechte oder „humanitärer Hilfe“ Kriege in alle Welt. Erklärtes Ziel ist der Aufbau eines Militärapparats, der [...] in allen Teilen der Welt einsatzfähig ist. Es gibt heute kaum einen geostrategisch bedeutenden Ort in der Welt, an dem die EU nicht militärisch agiert. Dabei wird verschwiegen, dass Krisensituationen, mit denen die Einsätze meist legitimiert werden, durch die imperialistischen Hauptmächte selbst geschaffen werden.

Der Lissabonvertrag beinhaltet eine Verpflichtung zur dauerhaften Aufrüstung für alle EU-Mitgliedstaaten und ermöglicht die Aufstellung eines EU-Rüstungshaushalts. Versuche, in die Aufrüstungsverpflichtung eine bindende Zielgröße von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Rüstungsausgaben aufzunehmen, konnten bisher nicht durchgesetzt werden. Dies hätte für Deutschland eine Steigerung um etwa 30 Prozent des Rüstungshaushalts zur Folge. Der Vertrag ermächtigt den EU-Rat zudem – unter dem Deckmantel des so genannten Antiterrorkampfes – zu weltweiten Militärinterventionen auch ohne UN-Mandat.

**Die EU ist gegen dich!
Die EU bedeutet Demokratieabbau!**

Der Generalangriff auf die sozialen Rechte der Mehrheit der Menschen wird von dem Ausbau totalitärer Sicherheitssysteme begleitet. Überwachung und Repression sollen jeden Widerstand im Keim ersticken. Zur Legitimierung der Aushebelung von demokratischen Grundrechten wird die Gefahr des „islamistischen Terrors“ heraufbeschworen. Neofaschisten werden nicht bekämpft, sondern als Stichwortgeber genutzt

und als letzte Reserve gehalten.

Auf der EU-Agenda stehen u. a. die grenzüberschreitende Polizeiarbeit (Europol), der Datenabgleich von DNA-Analysen und Fingerabdrücken zwischen den Mitgliedsstaaten und ein europäisches Fahndungssystem. Auf der sogenannten EU-Terrorliste befinden sich viele linke Organisationen wie die Kurdische Arbeiterpartei PKK oder die baskische Untergrundorganisation ETA. Die Politik der EU wendet sich gegen alle Organisationen, die sich gegen Ausbeutung, Unterdrückung und die Vorbereitung neuer Kriege wenden und für die der Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte ist. Sozialistische und kommunistische Organisationen werden zunehmend kriminalisiert. [...] In diesem Zusammenhang steht auch das Verbot des tschechischen kommunistischen Jugendverbandes KSM. Die Erinnerungen an die Traditionen des antifaschistischen Kampfes und des sozialistischen Aufbaus sollen beseitigt werden. Der deutsche Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) ist stets Antreiber bei der Perfektionierung der repressiven EU-Sicherheitspolitik – nicht zuletzt durch seine Forderung nach einem Bundeswehreinsetzung im Innern. [...]

Die EU-Außengrenzen werden durch die militärische Grenzschutzagentur Frontex vor dem selbstgeschaffenen Flüchtlingsstrom gesichert. Mindestens 10 000 Menschen starben in den vergangenen zehn Jahren bei dem Versuch, das Mittelmeer zu überqueren. Im „EU-Pakt zu Asyl und Zuwanderung“ wird die tödliche Abschottungspolitik festgeschrieben. Nur wirtschaftlich verwertbare Migranten sollen zeitlich begrenzt in die Mitgliedsstaaten gelassen werden. Flüchtlinge, denen es dennoch gelingt, die Grenzen Europas zu überwinden, wird durch Sondergesetze ein Leben in Würde versagt.

**Für eine Volksabstimmung über den Lissabonvertrag!
Für ein linkes und antimonopolistisches
NEIN zur EU-Mitgliedschaft Deutschlands!**

**Wählt DKP!
Eine Stimme für die DKP ist eine Stimme gegen die EU!**

Die NATO war, ist und bleibt ein aggressives imperialistisches Bündnis

Im April 1949 wurde die NATO (North Atlantic Treaty Organization) gegründet und aus diesem Anlass feierten Politiker und Militärs der NATO-Mitgliedsstaaten und die Vasallen des imperialistischen Bündnisses das 60-jährige Bestehen dieser Organisation.

Dass dabei einmal mehr der wahre Charakter der NATO ebenso verschleiert wurde wie die Geschichte dieser Allianz des Imperialismus, wundert nicht, die Wahrheit war schon das erste Opfer bei der Gründung der NATO. Öffentlich wurde die NATO und deren Bildung als notwendig zur „Verteidigung gegen die sowjetische und kommunistische Bedrohung“ gerechtfertigt und damit maßlose Aufrüstung und Kriegsvorbereitung. Im Ziel und in der Argumentation schlossen sich der USA-Imperialismus und seine Bündnispartner an den deutschen Imperialismus an, der zuvor in Gestalt des Faschismus angetreten war, die „bolschewistische Gefahr“ zu beseitigen und den Kommunismus „auszurotten“.

Nur die Tatsache, dass der deutsche Faschismus im Wahn, die Weltherrschaft zu gewinnen, auch die imperialistische Konkurrenz mit Krieg überzog und damit zur ernsthaften Bedrohung für deren Kapitalinteressen wurde, zwangen Frankreich, Großbritannien und die USA in eine Allianz

mit der UdSSR, wollten sie nicht riskieren, dass die Rote Armee faktisch allein und vollständig das faschistische Deutschland besiegen und damit die Sowjetunion in einem noch viel stärkeren Maße Anerkennung und Einfluss bei den Völkern Europas und der Welt ernten würde. Während die Antifaschisten in aller Welt aufrichtig als wirkliche Verbündete gegen den faschistischen Eroberungs- und Vernichtungskrieg kämpften, taktierten die imperialistischen Westmächte so lange es ging, in der Absicht, die Faschisten mögen der Sowjetunion soviel Schaden wie möglich zufügen und die UdSSR möge die Deutschen so weit als möglich schwächen. Vor allem die USA wollten so bei Kriegsende die Früchte des Sieges auf Kosten der Sowjetunion ernten und zugleich als dann stärkste Macht die kapitalistische Welt dominieren.

Nach der Zerschlagung Hitlerdeutschlands wurde sehr schnell deutlich, dass sich die imperialistischen Mächte in einem einig waren: „Der Feind steht noch immer im Osten“. Gemeint waren die Sowjetunion und die gerade entstandenen Volkdemokratien in Mittel- und Osteuropa. Churchill und andere imperialistische Führer, die einerseits ihren Respekt vor der Leistung der UdSSR, ihrer Armee und ihrer Führung unter

Stalin nicht verhehlen konnten, ließen andererseits keinen Zweifel daran, dass sie lieber mit Hitler gemeinsame Sache gegen die Sowjetunion gemacht hätten, wenn der sich nur – wie erhofft – allein nach Osten gewandt hätte. Dafür hatte man dem faschistischen Deutschland schließlich Österreich, die Tschechei und Polen in den Rachen geworfen, um ihm den Weg nach Osten frei zu machen.

Nun wollte man nicht noch einmal den „Fehler“ machen, sich gegen die Sowjetunion uneinig zu sein. Der nächste Schlag nach Osten sollte gemeinsam ausgeführt werden und damit das gemeinsame Ziel erreicht werden: Die Vernichtung der UdSSR und damit des Sozialismus.

Im gleichen Maße, wie man die Beschlüsse der Antihitler-Koalition, die bei den Konferenzen in Jalta oder Potsdam gefasst wurden, seitens der Westmächte unterließ und verriet, trieben die imperialistischen Hauptmächte die Bemühungen voran, eine antisowjetische Allianz zu schmieden. Da die Folgen des Krieges noch deutlich spürbar und die Erinnerungen an die furchtbaren Verbrechen des deutschen Faschismus bei den Völkern noch zu frisch waren, waren die sich unter dem Schutz der Westmächte allmählich wieder aufrappelnden deutschen Imperialisten zunächst bei den Verhandlungen nur unsichtbar dabei. Vor der Schaffung eines imperialistischen Militärbündnisses mussten zudem vorhandene Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten überwunden werden. Die USA strebten ein Bündnis unter ihrer klaren Vorherrschaft an, Frankreich und Großbritannien versuchten sich dem mit einer „europäischen Lösung“ zu entziehen und auch die 1949 gegründete BRD bemühte sich unter Adenauer mit der Idee von einer „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“ (EVG) in Verbindung mit einer „deutschen Wiederbewaffnung“ darum, mehr Einfluss zugunsten des deutschen Imperialismus zu gewinnen. Die EVG scheiterte letztlich an den Gegensätzen zwischen deutschen, britischen und französischen imperialistischen Interessen und an der Dominanz des US-Imperialismus. Ähnlich war es schon dem Brüsseler Vertrag von 17. März 1948 zwischen Frankreich, Großbritannien und den Beneluxstaaten ergangen, in dem zur Irreführung der Öffentlichkeit die Schaffung eines Militärbündnisses mit der künftigen Abwehr möglicher neuer deutscher Aggressionen begründet wurde, weil man es anfangs noch nicht wagte, so öffentlich und deutlich zu sagen, dass sich das neue Bündnis gegen die UdSSR richtete.

Die USA waren nach 1945 als stärkste ökonomische, politische und militärische Macht in der kapitalistischen Welt hervorgegangen. Mit dem Abwurf der Atombomben auf japanische Städte und der unverhohlenen Drohung ihr Atomwaffenmonopol rücksichtslos zur Durchsetzung von US-Interessen einzusetzen, wollten sie einerseits die UdSSR einschüchtern und zum anderen gegenüber den anderen imperialistischen Staaten ihren Führungsanspruch deutlich machen. Was letztere anbelangt, so mussten Frankreich, Großbritannien und Deutschland, die allesamt geschwächt aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangen waren, letztlich den USA nachgeben und sich deren Führung weitgehend unterordnen. So kam es schließlich zur Unterzeichnung des sogenannten Nordatlantikvertrages am 4. April 1949, der als Gründungstag der NATO gilt. Der Vertrag diene vor allem US-Interessen. Die USA sicherten sich mit ihrer geradezu übermächtigen militärischen und ökonomischen Überlegenheit auch die politische Führung in der NATO. Ziel der USA war es letztlich, Europa zum Schlachtfeld ihres Krieges gegen die Sowjetunion zu machen, auf Kosten der europäischen Völker.

Immer offener wurde bereits im Vorfeld der NATO-Gründung die Sowjetunion als künftiger Hauptfeind genannt. Die

eigentliche Absicht aber, mit der NATO ein militärisches Bündnis zu schaffen, das in der Lage sein sollte, die UdSSR anzugreifen und zu zerschlagen, wurde verbrämt hinter einer Lügenpropaganda von einer angeblichen „sowjetischen Bedrohung“. Der „freie“ und „demokratische“ Westen sei in Gefahr von „kommunistischen Panzern“ überrollt zu werden – so oder ähnlich lautete das ideologische Trommelfeuer in den Medien als Begleitmusik zur NATO-Gründung und deren forciertem Aufbau, in dessen Folge nicht nur ungeheure Ressourcen durch Rüstung verschleudert wurden, sondern sich die Kriegsgefahr brandgefährlich verschärfte. Der frisch gestärkte deutsche Imperialismus nutzte die NATO, um seinen Anteil am militär-politischen Einfluss zu sichern. Die NATO sollte ihm helfen zu vollbringen, was der faschistischen Wehrmacht versagt blieb: Die Zerstörung der Sowjetunion und damit die Ausschaltung des Sozialismus. Dafür riskierte der deutsche Imperialismus nicht nur eine erneute Niederlage, im Falle eines Krieges hätte eine dann wahrscheinliche atomare Auseinandersetzung und die reale Gefahr der völligen Vernichtung der deutschen Bevölkerung bestanden. Das war die wirkliche Bedrohung für das deutsche wie für die anderen Völker Europas – für die Interessen des Imperialismus geopfert zu werden.

Man muss noch einmal daran erinnern: Es gab weder zum Zeitpunkt der NATO-Gründung noch danach eine „sowjetische Bedrohung“. Anders als die USA besaß die UdSSR zunächst keine Atomwaffen, sie war angesichts der Tatsache, dass die USA keine Skrupel hatten, diese furchtbare Bombe einzusetzen und der ständigen Drohung der USA, dies erneut zu tun, gezwungen, selbst Atomwaffen zu entwickeln. Anders als die USA hat die Sowjetunion diese Waffe nie eingesetzt.

Es war nicht die Sowjetunion und es waren nicht die später entstandenen sozialistischen Staaten, sondern die NATO-Staaten, die den Ersteinsatz von Atombomben propagierten. Mit Begriffen wie „Vorneverteidigung“, „Roll back“, „Präventivschlag“ usw. verhüllte die NATO nur recht und schlecht ihre offenkundige Kriegsabsicht.

Nicht die UdSSR oder die anderen sozialistischen Staaten umzingelten die kapitalistischen Staaten mit Waffen, sondern die NATO errichtete Hunderte Stützpunkte rund um das sozialistische Lager, stationierte Atomwaffen auf ihnen, darunter auch in Westdeutschland.

Und man muss nicht zuletzt daran erinnern, dass das militärische Bündnis der sozialistischen Staaten innerhalb des Warschauer Vertrages erst 1955, also Jahre nach der NATO gegründet wurde und eine unumgängliche Reaktion auf die wachsende Bedrohung durch die NATO war.

Noch heute propagieren die imperialistische Medien die Mär von der angeblich von der Sowjetunion ausgelösten „Kuba-Krise“, als die UdSSR in Kuba beabsichtigte, atomwaffenfähige Raketen zu stationieren und schwadronieren, dies sei ein „Beweis“ für die „sowjetische Bedrohung“ gewesen. Zugleich verschweigen sie, dass die USA schon zuvor gegen die UdSSR gerichtete Raketen aufgestellt hatte (z.B. in Großbritannien, Italien und der Türkei), dass die USA 1960 ihren NATO-Partnern die Lieferung seegestützter Polaris-Raketen anbot, dass die USA 1961 Interkontinentalraketen einführte, die aus sicheren Bunkern abgeschossen wurden und vor der „Kubakrise“ mit der Stationierung von einsatzbereiten Atomraketen 1962 in der Türkei – faktisch direkt an der sowjetischen Grenze – ein immer größeres Bedrohungspotential gegen die UdSSR in Stellung gebracht hatte, auf die die UdSSR einfach reagieren musste.

Nicht die Sowjetunion, nicht der Sozialismus, es war die NATO unter Führung der USA, die ein ums andere Mal die Welt an den Rand eines verheerenden, alles vernichtenden Atomkrieges brachte. Es war die NATO, die mit einem im-

mer wahnwitzigeren Wettrüsten die Kriegsgefahr erhöhte und damit zugleich die Strategie verfolgte, den Sozialismus „totzurüsten“.

Die NATO hat im Laufe der Jahrzehnte zwar mehrfach Strategie und Taktik geändert, sich den aktuellen Entwicklungen angepasst, aber nie ihre grundlegenden Ziele geändert: Die Vernichtung des Sozialismus an erster Stelle und die Durchsetzung der Interessen des Imperialismus mit militärischen Mitteln wann und wo immer es zweckmäßig erscheint.

Bis weit in die sechziger Jahre drohte die NATO offen, unverhohlen und rüde dem Sozialismus mit atomarer Vernichtung. Im Zuge der neuen imperialistischen Strategie des „Wandels durch Annäherung“ gegenüber den sozialistischen Staaten begann auch die NATO „Kreide zu fressen“. Sie wurde eingebunden in eine so genannte „Entspannungspolitik“, die die „Peitsche“ um das „Zuckerbrot“ ergänzte. Der Imperialismus gab sich „friedensbereit“, faselte von „gemeinsamen Werten“ wie „Freiheit“, „Demokratie“ und „Menschenrechten“. Damit sollten nicht nur die eigenen Völker irreführt, vor allem sollten die „oppositionellen“ (sprich konterrevolutionären) Kräfte in den sozialistischen Staaten unterstützt, die revisionistischen Strömungen in den kommunistischen Parteien gestärkt werden, die, solange der Imperialismus offen den atomaren Knüppel schwang, kaum Argumente finden konnten, wieso der Sozialismus mit dem Kapitalismus in „friedlicher Koexistenz“ übereinkommen sollte.

Wenn heute die imperialistischen NATO-Staaten davon reden, die NATO sei eigentlich so was wie eine Hilfsorganisation zum Wiederaufbau (so z.B. im ehemaligen Jugoslawien, dem Irak oder Afghanistan) und die militärischen Einsätze nur eine eigentlich ach so ungewollte Begleitkomponente, weil uneinsichtige Schurken die NATO-Soldaten an ihren eigentlichen Aufgaben, wie Blümchen pflanzen und alten Damen über die Straße zu helfen, hindern, dann ist das ebenso verlogen, wie die Ende der sechziger Jahre inszenierte Debatte um die „zivile Seite“ der NATO, die sich ja auch z.B. um den Umweltschutz kümmern könne. Ja freilich, wenn die NATO auch nur einen geringen Teil ihrer Billionen, die sie im Laufe der Jahrzehnte in Kriege und Waffen zum Wohle der Rüstungsindustrie verpulvert hat, für den Umweltschutz eingesetzt hätte, wären eine Reihe von Umweltproblemen finanziell leicht zu lösen gewesen. Nur, die NATO als gemeinnützige Organisation – das ist so, als ob man Pyromanen bei der Feuerwehr beschäftigt.

Trotzdem verding die neue Strategie des „Wandels durch Annäherung“ bei vielen Menschen. Sie hatten die Hoffnung, die reale Atomkriegsgefahr würde sich so vermindern und die Welt könne in der Tat eine friedliche werden, wenn „alle aufeinander zugingen“. Diese Strategie konnte aber auch nur dadurch erfolgreich werden, weil sie von den sozialistischen Staaten nicht als das entlarvt wurde, was sie in Wirklichkeit war: Ein ideologisches Propagandamanöver, das die wahren Ansichten des Imperialismus verschleiern, der Friedensbewegung in den eigenen Ländern die Spitze nehmen, den Bürgern in den sozialistischen Staaten einen „friedenswilligen“, um ihre „Rechte“ besorgten „guten“ Kapitalismus vorgaukeln und die revisionistisch-reformistischen Kräfte in den kommunistischen Parteien stützen sollte. Die Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki war ein Ausdruck dieser Strategie und ein politischer Sieg für den Imperialismus.

Auch wenn dieser Prozess durch den sogenannten Doppelbeschluss der NATO 1979 noch einmal „belastet“ wurde und zu einem neuen Aufschwung der Friedensbewegung führte, waren die folgenden Jahre dadurch gekennzeichnet, dass die NATO als Instrument des Imperialismus mit der

militärischen Bedrohung und des Wettrüstens einerseits und mit der Taktik des Anbieten von Verhandlungen und der Propagierung einer „Entspannungspolitik“ andererseits, ihre Doppelstrategie fortsetzte.

Mit Erfolg setzte der Imperialismus auf die zunehmenden revisionistisch-reformistischen Tendenzen in den kommunistischen Parteien in den sozialistischen Staaten, in deren Folge die ideologische Auseinandersetzung mit dem Imperialismus, insbesondere ihr klassenkämpferischer Charakter vernachlässigt wurde. Der Kapitalismus wurde so in der Ideologie vom Todfeind des Sozialismus zunächst zum partnerschaftsfähigem Gegner umgemodelt und letztlich zum Partner erklärt. Eine Entwicklung, die über die Abkehr von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus folgerichtig zur allgemeinen Schwächung des Sozialismus auf allen Gebieten führte. Im Zuge der schließlich offenen Konterrevolution 1989/90 in den sozialistischen Staaten ergaben sich die Länder des Warschauer Vertrages faktisch widerstandslos und vollständig der NATO.

Wie weit sich der Sozialismus von seinen Grundlagen entfernt, wie verräterisch die Clique war, die zuletzt die Partei führte, machen zwei Bilder eindringlich deutlich: Ich sehe noch den Offizier der Streitkräfte der DDR, der sich 1961 mutig, ohne auch nur einen Schritt zurückzuweichen, einem amerikanischen Panzer an der Grenze zu Westberlin entgegenstellt, als der auf ihn zurollt. Und er zwingt mit einer Handbewegung, die zu verstehen gibt, dass sie bereits auf DDR-Territorium stehen, die US-Soldaten mit ihrem Panzer zum Rückzug. Zu dieser Zeit war der Sozialismus noch stark, fest und damit verteidigungsfähig.

Wie erbärmlich dagegen das Bild von 1990, als DDR-Offiziere ihre Kasernen und Ausrüstung samt Untergebenen – mit „ordentlichen Appellen“ und „Hacken zusammen“ an die Bundeswehr übergaben.

Derweil redeten zu „Demokraten“ mutierte SED-PDS-Führer davon, nun sei die Zeit gekommen, dass mit dem Verschwinden des „Warschauer Pakts“ sich auch die NATO auflösen könne und damit eine Zeit des friedlichen Wandels angebrochen sei. Und? Ist der große Friede ausgebrochen? Nein, im Gegenteil.

Bekanntlich hat sich die NATO nicht aufgelöst. Und wenn ein gewisser Gorbatschow heute gelegentlich winselt, die Ausdehnung der NATO nach Osten sei mit ihm aber „nicht abgemacht“ worden, dann entbehrt das nicht einer gewissen Lächerlichkeit. Zum einen heißt es nicht umsonst, man liebt den Verrat, aber nicht den Verräter und zum anderen – seit wann halten Imperialisten ein gegebenes Wort, das nicht ihren Interessen dient, zumal, wenn es niemanden gibt, der dieses Wort einfordern kann?

Die NATO war ein militärisches, aggressives Instrument des Imperialismus im Kampf gegen den Sozialismus. Das war die Hauptaufgabe der NATO, solange es den Sozialismus gab. Es war aber auch immer die Aufgabe der NATO, gegen jedwede antiimperialistischen Kräfte vorzugehen. Daran hat sich auch heute nichts geändert. Feind ist jeder, der die Kapitalverwertung zugunsten der mächtigen Banken und Monopole in den NATO-Staaten auch nur anzutasten beabsichtigen könnte. Die USA und ihre NATO-Verbündeten sagen es ja laut und deutlich: Es geht um Märkte, Ressourcen, Interessen, um die Sicherheit des profitablen Geschäftes.

Die NATO hat Jugoslawien nicht zerschlagen, um jedem der jugoslawischen Völker (die Jahrzehnte zuvor in Eintracht lebten) ihr eigenes Ländchen zu geben. Es regnete Bomben, weil sich vor allem Serbien nicht zum Vasallen fremder imperialistischer Interessen machen lassen wollte.

Im Irak wäre Saddam Hussein noch immer an der Macht, wenn

er weiter US-amerikanischen Interessen gedient hätte. Und solange die „Taliban“ (zu Tausenden von der NATO finanziert, ausgebildet und nach Afghanistan gebracht) auf sowjetische Soldaten schossen, waren sie „Freiheitskämpfer“. Erst als sie mit den Interessen der NATO kollidierten, wurden sie plötzlich zu Terroristen.

Solange der Sozialismus existierte und stark war, war er eine starke Fessel für die militärischen Gelüste des Imperialismus. Er hielt die NATO im Zaum. Von dieser Fessel losgelöst, konnte erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa wieder Krieg geführt werden.

Mit größter Selbstverständlichkeit spricht man in der NATO darüber, dass man immer und überall zuschlagen kann und wird, wo „vitale Interessen“ der NATO-Staaten bedroht seien. Die Zerstörung des Sozialismus und der „Wegfall des Ost-West-Konfliktes“ hat die Welt keineswegs „sicherer“ gemacht. Im Gegenteil.

Der Imperialismus ist seinem Wesen nach aggressiv, der Krieg gehört zu seinem Wesen. Daran hat sich nichts, gar nichts geändert. Solange die DDR existierte und als deutscher Friedensstaat wirkte, konnte sich die BRD keine Kriege leisten. Heute trampeln deutsche Soldatenstiefel wieder über fremden Boden, oder wie es so demagogisch heißt, wird „die Freiheit Deutschlands am Hindukusch verteidigt“.

Auch die offenkundigen Differenzen zwischen den Interessen verschiedener imperialistischer Staaten innerhalb der NATO ändern nichts daran, dass die NATO im Gesamtinteresse des Imperialismus immer dann handeln wird, wenn er sich durch fortschrittliche, antiimperialistische Kräfte in seiner Macht bedroht sieht. Dass z.B. Frankreich gegen den Irakkrieg war, lag ja nicht daran, dass der französische Imperialismus plötzlich ein Freund des Friedens war. Er hatte nur eigene Interessen im ölreichen Irak, die mit der US-Invasion hinfällig wurden. Und dass Frankreich jetzt wieder

„vollwertig“ in den Schoß der NATO zurückgekehrt ist, hat auch damit zu tun, dass angesichts einer schwächelnden USA innerhalb der NATO ein Gerangel um neue Machtverteilung begonnen hat, bei dem Frankreich nicht abseits stehen möchte. Aber bei all dem darf man nie vergessen, so sehr sich die Imperialisten, wenn es um Profite geht, auch untereinander bekämpfen, oft genug bekriegen: in einem werden sie sich schnell einig, wenn es um den gemeinsamen Feind geht. Da gab und gibt es für sie keinen größeren und gefährlicheren als den Sozialismus. Der Sozialismus als Alternative zum Kapitalismus entzieht dem Imperialismus seine Existenzgrundlage, deshalb wird er ihn immer auf Äußerste und mit allen Mitteln bekämpfen.

Wieder deutlich zu machen, dass der Imperialismus nicht friedensfähig ist, sondern nur zu Frieden gezwungen werden kann, wenn ihm eine starke Friedensmacht in Gestalt des Sozialismus gegenüber steht, das ist eine wichtige Lehre aus der Geschichte.

60 Jahre NATO und die Lobeshymnen der imperialistischen Politiker auf ihr Militärbündnis, das ist für die friedliebenden Menschen wahrlich kein Grund zum Feiern. Es ist vielmehr ein Grund, sich mehr denn je bedroht zu fühlen.

Uwe Langer

Zeitschrift offensiv: „...und der Zukunft zugewandt“ 60. Jahrestag der Gründung der DDR

Veranstaltung am 10./11. Oktober 2009 in Berlin,
Münzebergsaal im ND-Haus, Franz-Mehring-Platz 1

**Zweitägige wissenschaftliche Tagung über
Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft
des Sozialismus.**

**Unterstützt von GRH, KPD, KPD(B)
und Jugendbibliothek Gera.**

Ein intensiver Blick zurück auf die DDR, Fakten zur Analyse
der Gegenwart und Möglichkeiten für die Zukunft.

Teilnahme nur mit Anmeldung,
Kosten: 10 € Tagungsgebühr.
Nach Eingang der Gebühr senden wir die Eintrittskarten
umgehend zu.

Konto: F. Flegel
Kontonummer: 21 827 249
BLZ: 100 50 000

Frank Flegel (Redaktion „offen-siv“)
Egerweg 8, 30559 HANNOVER
Tel & Fax: 0511-5294782;
Mail: redaktion@offen-siv.com

Veranstaltungshinweis:

Wir, die Jugendbibliothek-Gera e.V. haben
demnächst wieder eine Veranstaltung:

**11. Juli 2009:
Regionales Treffen der Kommunistischen Initiative**

Der Ort ist wie immer:
Jugendbibliothek-Gera e.V.
Werner-Petzold-Straße 17
07549 Gera

Weitere Infos:
www.jugendbibliothek-gera.7to.de
Tel.: 0365/2058375

**Wir haben bereits mehrere Veranstaltungen
durchgeführt, weitere Diskussionsveranstaltungen
sind in Vorbereitung, dieses Informations-
bulletin wie auch die noch geplanten, regelmä-
ßig erscheinenden Publikationsorgane kosten
Geld, deswegen benötigen wir auch DEINE
Unterstützung. Spende bitte daher, am besten
regelmäßig auf unser Spendenkonto bei:**

André Vogt, Norisbank (Dresden)
Konto-Nummer: 800 696 700, BLZ: 760 260 00
Verwendungszweck: „KI 2009“

Kontakt (V.i.S.d.P): Michael Kubi, Mühlheimer Str. 6,
60386 Frankfurt/M.
Tel.: 0176-28 809 067
Mail: info@kommunistische-initiative.de
Internet: www.kommunistische-initiative.de